

### Koma-Patient an der Startlinie

Den Umgang, den die BRD und ihre Treuhand mit der ostdeutschen Wirtschaft nach dem Anschluss betreibt, verglich einst der allseits bekannte Rassist Thilo Sarrazin treffend mit dem bei der Schlachtung von Schweinen üblichen Keulen (Totschlagen) der Tiere.<sup>1</sup> Er muss es wissen: 1989 bis 1990 leitet er das Referat für innerdeutsche Beziehungen, das die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vorbereitet. Nichts überlässt die bundesdeutsche Gründlichkeit da dem Zufall, auch nicht das Totschlagen. Aber wie genau macht man sowas mit einer ganzen Volkswirtschaft, und das im 20. Jahrhundert bis heute?

Schon vor dem ersten Handschlag der Treuhand war ihr »Bestand« an Kombinat und Betrieben wirtschaftlich massiv geschwächt. Dazu hatte hauptsächlich der bewusst von der Bundesregierung herbeigeführte Währungs-Aufwertungs-Schock durch die Währungsunion geführt. Diese Maßnahme, die entgegen allen Warnungen zahlreicher Experten durchgeführt wird, wirkt im Osten wie ein ökonomisches Entlaubungsmittel (→ Tafeln 22-24).

In den ersten zehn Tagen nach der Währungsunion müssen 5.000 der 8.000 ehemaligen Kombinate und Betriebe der DDR Zahlungsunfähigkeit anmelden und bei der THA Kredit aufnehmen. Der Löwenanteil der ostdeutschen Wirtschaft ist nun hoffnungslos verschuldet und seiner Märkte beraubt.<sup>2</sup> Keine Volkswirtschaft der Welt hätte so eine Prozedur ohne schwerste Schäden überlebt.

Zu der Verschuldung, die nun wie Blei auf den ehemals volkseigenen Betrieben lastet, kommen die Folgen einer weiteren verhängnisvollen Maßnahme der Bundesrepublik: Illegitim überführt sie ehemalige Verrechnungsprozesse innerhalb der Planwirtschaft der DDR in reale Schulden im marktwirtschaftlichen Sinne. Die Erfindung der »Altschulden«, die die nun auch im Osten Deutschlands herrschenden Bankhäuser bei den ehemaligen Kombinat

und Betrieben eintreiben dürfen, zieht diese weiter in den Abgrund.<sup>3</sup>

### Wertermittlung nach Entwertung

Nennenswerte Erträge waren nach diesem Akt von keinem Unternehmen mehr zu erwarten, egal wie stark oder schwach es vorher auch gewesen sein mochte. Passend dazu entschied die THA, dass der Wert der Betriebe und Kombinate nicht nach ihrer Substanz (Wiederbeschaffungswert der Anlagen und Materialien) bewertet wird, sondern per Wertermittlung nach Ertragswert. Jedoch nicht etwa nach dem Ertrag, den sie einbrachten, als sie noch intakt waren, sondern explizit auf Grundlage ihrer Ertragserwartung nach 1990.<sup>4</sup>

Mit dieser Entscheidung war vorprogrammiert, dass die Ertragswerte der Treuhandbetriebe weit unter ihrem Substanzwert einsetzten. Erst machte man es den Betrieben und Kombinat durch den Aufwertungschock der Währungsunion und dem damit verbundenen Wegbrechen ihrer Märkte unmöglich, Erträge einzubringen (→ Tafeln 22-24), bepakte sie obendrein mit horrenden Schulden, um dann auf Grundlage ihres Niedergangs ihren Ertragswert zu berechnen.

So wird die Mehrheit der privatisierten Betriebe weit unter ihrem eigentlichen Substanzwert verramscht: eine ungeheure Vernichtung von Werten und eine ungeheure Gelegenheit der Bereicherung der Käufer aus dem Westen.<sup>5</sup> Milliardenwerte verschwinden vom Papier, jedoch nicht aus der Realität.

Nicht selten gingen riesige Wirtschaftseinheiten für den Bruchteil ihres Substanzwertes oder sogar gratis, also für die 1 DM, über den Ladentisch der Treuhand. Ganz gleich, ob an diesen Betrieben riesige moderne Anlagen, millionenschwere Rohstoffbestände, Immobilien und gefüllte Firmenkonten hingen. So geschehen im Fall des VEB Wärmeanlagenbau Berlin (WBB), dessen Substanz auch aufgrund beträchtlicher Barvermögen und Immobilien sowie Einnahmen aus laufenden Aufträgen mehr als 160 Mio. DM betrug.



*Wenn schon verscherbeln, dann doch gleich an Verbrecher. Michael Rottmann: Die Treuhandanstalt machte ihm den renommierten Wärmeanlagenbau quasi zum Geschenk. Die meisten Anklagen gegen ihn waren verjährt und eingestellt, als man ihn nach 14 Jahren Fahndung verurteilte.*

Die THA verkauft den WBB entgegen seines eigentlichen Werts für lächerliche 2 Mio. DM an den westdeutschen Wirtschaftskriminellen Michael Rottmann, der daraufhin das Unternehmen ausplündert und ruiniert.<sup>6</sup>

Schon in den ersten Tagen in der »sozialen Marktwirtschaft« macht man es der Mehrzahl der Betriebe auf dem Markt unmöglich, ihren wirtschaftlichen Wert überhaupt nur zu vermitteln. Die Treuhand setzte sie ohne Blatt an den Pokertisch, den Einsatz, der zur Debatte stand, konnten die DDR-Betriebe nicht mehr leisten. Sie stiegen aus. Das sollten sie auch.<sup>7</sup>

### »Runter vom Betriebshof« oder: Wem gehört der Osten?

In vielen Fällen fehlte in der Wertermittlung der Treuhand-Unternehmen von vornherein die Aufführung ihrer Immobilien. Diese waren in unzähligen Fällen Objekt der Begierde von sogenannten »Alteigentümern« und damit Streitfall in meist jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen. Denn die BRD hatte mit ihrer Entscheidung für das Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« dafür gesorgt, dass nun Hinz und Kunz und vor allem »von Hinz und Kunz« Anspruch auf ihren »ehemaligen Besitz« im Osten anmelden konnten. Hinter dem Ziel der möglichst schnellen Änderung der Eigentumsverhältnisse hatte alles zurückzustehen, vor allem



*Schau nicht auf das, was sie schrieben, schau auf das, was sie tun ... Das große »Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost«, ein von der Bundesregierung am 08.03.1991 verabschiedetes Programm zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern. Was der BRD und ihrer Treuhand am Aufschwung wirklich lag, zeigt ihr Maßnahmenkatalog gegen die ostdeutsche Wirtschaft.*

eine wirtschaftliche Entwicklung im Osten. Bereits 1994 lagen den vollkommen überlasteten Behörden über 2 Mio. Anträge auf »Rückübertragung einzelner Vermögenswerte« vor.<sup>8</sup> Tausende Menschen im Osten wurden vor Gericht geschleift und oft von ihren Grundstücken gejagt, die sie in Jahrzehnten zu ihrem Zuhause gemacht hatten. Doch das Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« führte nicht nur zu einem Unrecht ohne Ende. Es ver-

setzte auch der am Boden liegenden Wirtschaft im Osten einen gewaltigen Schlag. Praktisch existierte kein Betriebsgrundstück mehr, auf das nicht Rückerstattungsansprüche bestanden.<sup>9</sup>

Jedes Grundstück, über das nun die Gerichte stritten, ob begründet oder nicht, durfte nicht in den Wertermittlungen der Betriebe und Kombinate aufgeführt werden.<sup>10</sup> Das schmälerte ihren Wert ein weiteres Mal massiv. Außerdem kommt jede wirtschaftliche Betäti-

gung auf diesen Flächen für Jahre zum Erliegen – eine tödliche Warteschleife, die oft mit dem Ruin der betreffenden Betriebe endete.<sup>11</sup> Welche Bank, welcher Investor gab hier Geld, wenn nicht klar war, ob dem Betrieb die Flächen, auf denen er wirtschaften sollte, nach bundesdeutschem Gesetz gehörten? Allein 1994 hemmte die Entscheidung der BRD für das Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« Investitionen in die ostdeutsche Wirtschaft von 200 Mrd. DM.<sup>12</sup>

## Altzeitümer kaufen Naturschutzgebiete zum Schnäppchenpreis. Von Uwe Witt, Bonn

### Nationalparks: Alles wird verscherbelt



Die Bundesfinanzministerin hat keine rechtlichen Schritte für die Privatisierung von Nationalparks und Naturschutzgebieten in Ostdeutschland. Das ist die Forderung auf eine Klausur-Anfrage zur FDP-Bundestagswahl im Freistaat Sachsen an die Bundesregierung. Dieser Standpunkt wurde bereits von der Kanzlerin in einer von der FDP beantragten Bundestag-Sitzung bestätigt.

Obwohl inzwischen die Probleme der Naturschutzgebiete in Deutschland (NABU) gegen die Praxis der Bodenverwertungs- und -verwertungsgesellschaft (BVVG) zu einer vorläufigen Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht wurden, werden weiterhin wertvolle Naturschutzgebiete an private Interessenten verkauft, so z. B. im Müritzer Nationalpark oder im Müritzer-Seegebiet. Die Bundesregierung kann in der Antwort auf die parlamentarische Anfrage die Begründung dankend entgegennehmen, dass moderne Naturschutzkonzepte in Schutzgebieten sowohl in ökonomischer als auch in privater Eigentumsform verwirklicht werden können. Dieser Auffassung widerspricht allerdings

Für die Antwort auf die Frage »Wem gehört der Osten?« hat der Westen seine Gerichtsbarkeit gleich mitgebracht. Artikel aus der »jungen Welt« vom 17./18.01.1998

### Ausschaltung staatlicher Kontrolle durch den Staat»

Hiermit ermächtige ich den Vorstand, namens der Treuhand die Mitglieder des Verwaltungsrates von der Haftung für grobe Fahrlässigkeit bis zum 30. Juni 1991 freizustellen.«<sup>13</sup>

So heißt es in einem (Frei-)Brief des Bundesfinanzministers Theo Waigel, der am 26. Oktober 1990 Treuhandchef Detlef Karsten Rohwedder erreichte, also noch im Monat des Anschlusses. Diese begrenzte Haftbefreiung für die Treuhand wurde später eigenmächtig auf die unteren Leitungsebenen der gesamten THA heruntergereicht.<sup>14</sup> Sechs Tage vor Ablauf der Frist wird sie auf

## Einigung vor Rückgabe

Im Streit ums Eigentum verfehlen die Deutschen ihre Zukunft



»Rückgabe vor Entschädigung«: ein Name mit Klang für das große Umverteilungsprogramm Ost zu West. Artikel aus der »Wochenpost« vom 12.03.1992

Bitten und Drängeln der Rohwedder-Nachfolgerin Birgit Breuel bis zum Dezember 1994, also bis zum »operativen Ende« der Treuhand, verlängert.<sup>15</sup>

Der Staat schafft dem Verantwortungsträger für das Eigentum der Ostdeutschen in Milliardenumfang schon im Vorfeld einen rechtsfreien Raum. Dies und nicht das Scheitern, der Treuhand kriminelle Energien einzudämmen, bzw. der schon absurd laxer Umgang damit, ist das eigentliche Verbrechen. Es ist der staatliche Freibrief für jeden noch so grob fahrlässigen Umgang mit dem Eigentum von 16 Millionen DDR-Bürgern.

Ein »parlamentarisches Licht« des vielgepriesenen Rechtsstaates BRD, das der Öffentlichkeit diese Vorgänge hätte beleuchten können, wird vorsorglich gar nicht erst eingeschaltet. So nimmt die Bundesregierung ihre gesetzlich vorgeschriebene Rechts- und Fachaufsicht nicht wahr. Genehmigungsvorschriften, die für Privatisierungen gesetzlich zwingend vorliegen, werden einfach nicht angewandt. Das alles garantiert ein Operieren frei von staatlicher Kontrolle, ermöglicht durch den Staatsapparat selbst.<sup>16</sup>

Der geschaffene rechtsfreie Raum wurde dann in einem derartigen Maße für Raub und Zerstörung der Volkswirtschaft der DDR genutzt und ausgeweitet, dass es die Oppositionsparteien der Bundesregierung vom Ofentrieb und ein Untersuchungsausschuss eingerichtet wurde. Im Zuge dessen kam die SPD-Fraktion zur Einschätzung, dass die Bundesregierung mit der Treuhand in einem Maß unerlässliche Aufsichtspflichten verletzte und parlamentarische Kontrollrechte außer Kraft setzte, wie es noch keine Regierung der BRD nach 1945 gewagt hatte.<sup>17</sup>

Staatlich befreit von Strafverfolgung – ohne Kontrolle, ohne Transparenz, ohne Legitimation<sup>18</sup> – so tritt die bundesdeutsche Treuhand an die Startlinie.

## Treuhandanstalt



Freibrief für die Mafia. Bundesfinanzminister Theo Waigel und Treuhandchefin Birgit Breuel: Er braucht sie fürs Grobe und sie ihn für die Rückendeckung.

### Nichts da mit eigenständigen Strukturen im Osten

»Wer uns kennen lernt, gewinnt uns richtig lieb«,<sup>19</sup> scherzte der am 3. Juli 1990 vom Ministerrat der letzten DDR-Regierung zum Chef der Treuhand ernannte Detlef Karsten Rohwedder. Die Ostdeutschen sollten ihn kennenlernen.

In einer Rede vor der Volkskammer informiert er mal eben im Vorbeigehen die Volksvertretung der DDR, dass die Treuhand einen der wichtigsten, noch von der Modrow-Regierung verabschiedeten Punkte des Treuhandgesetzes unter Bruch geltenden Rechts nicht umsetzen wird.<sup>20</sup> Es geht um das Verhindern der vorgesehenen branchenorientierten Aktiengesellschaften in Ostdeutschland.<sup>21</sup> Eine gravierende Missachtung des Treuhandgesetzes, denn diese AGs waren gesetzlich festgeschrieben und sollten der ostdeutschen Wirtschaft Plattform und Struktur geben. Die in den letzten Zügen liegende Volkskammer der DDR schluckt auch dies.

Bei dieser Maßnahme ging es in erster Linie darum, die Wirtschaftsstrukturen der DDR auszuschalten und die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften völlig auszuhebeln.<sup>22</sup> Denn in den Aktiengesellschaften sollten auch Gewerkschaftsvertreter Einsicht und Mitspracherecht bekommen.<sup>23</sup> Dass den Ostdeutschen damit auch der Einblick in die Arbeit der Treuhandanstalt verwehrt wurde, sie von den Entscheidungsprozessen vollständig ausgeschlossen wurden, war weder ein zufälliger noch ein von der Bundesregierung unerwünschter Effekt.<sup>24</sup>

